Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
<p>² Wird die Einreihung einer Strasse mit dem Beschluss zum Strassennetzplan geändert, so gehen Eigentum und Hoheit daran von Gesetzes wegen auf die neue Trägerschaft über. Die Änderung des Eigentums ist im Grundbuch einzutragen.</p> <p>³ Die bisherige Trägerschaft übergibt die Strasse in werkmängelfreiem Zustand und entschädigungslos.</p>	<p>² Wird <u>Über die Einreihung einer Strasse mit dem Beschluss zum Strassennetzplan geändert, so gehen Eigentum und Hoheit daran von Gesetzes wegen auf die neue Trägerschaft über. Die Änderung des Eigentums ist im Grundbuch einzutragender Einreihung entscheidet der Regierungsrat nach Anhörung der Standortgemeinden.</u></p> <p>³ Die bisherige Trägerschaft übergibt die <u>Mit dem Beschluss des Regierungsrates gehen Hoheit und Eigentum an der Strasse in werkmängelfreiem Zustand und entschädigungslos von Gesetzes wegen an die neue Trägerschaft über. Die Änderung des Eigentums ist im Grundbuch einzutragen.</u></p> <p>⁴ Die bisherige Trägerschaft übergibt die Strasse entweder in werkmängelfreiem Zustand und entschädigungslos oder sie ersetzt der neuen Trägerschaft die Kosten für die Herstellung der Werkmängelfreiheit.</p>
<p>Art. 13 Widmung</p> <p>¹ Strassen, die der Kanton oder die Gemeinde zur allgemeinen Benützung erstellen, gelten mit der Übergabe an den Verkehr als dem Gemeingebrauch gewidmet.</p> <p>² Strassen, die interessierte Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer gestützt auf Artikel 109 des Baugesetzes vom 9. Juni 1985 (BauG)¹⁾ zur allgemeinen Benützung erstellen, gelten mit ihrer ordnungsgemässen Erstellung als dem Gemeingebrauch gewidmet.</p> <p>³ Privatstrassen werden dem Gemeingebrauch gewidmet</p> <p>a durch Verfügung der Gemeinde, wenn die Grundeigentümerin oder der Grundeigentümer zugestimmt hat,</p> <p>b durch Errichtung einer Wegdienstbarkeit zugunsten der Öffentlichkeit oder</p> <p>c durch Übertragung der Unterhaltungspflicht an einer dem allgemeinen Verkehr offenen Strasse an die Gemeinde.</p>	

¹⁾ BSG 721.0

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
	4 Die Gemeinde lässt die Widmung zum Gemeingebrauch nach Absatz 3 Buchstabe a nach Rechtskraft der Verfügung im Grundbuch anmerken.
<p>Art. 14 Partnerschaftliche Zusammenarbeit</p> <p>¹ Der Kanton arbeitet bei der Planung, der Projektierung, dem Bau und dem Betrieb der Kantonsstrassen mit den betroffenen Gemeinden partnerschaftlich zusammen.</p> <p>² Der Kanton arbeitet mit den betroffenen Regionalkonferenzen zusammen, wenn die Planung des Neubaus oder der Änderung einer Kantonsstrasse regionale Interessen betrifft. Die Regionalkonferenzen bestimmen, zu welchen Themen sie selbst und zu welchen Themen die betroffenen Gemeinden Stellung nehmen.</p> <p>³ Wird eine Kantonsstrasse im Siedlungsgebiet mit einem Strassenplan projektiert, so arbeitet der Kanton mit den Standortgemeinden zusammen.</p> <p>⁴ Bei der Zusammenarbeit werden insbesondere das Ziel des Vorhabens, der Projektablauf und die Projektorganisation gemeinsam bestimmt.</p>	<p>² Der Kanton Er arbeitet mit den betroffenen <u>Planungsregionen bzw. Regional-</u>konferenzen zusammen, wenn die Planung des Neubaus oder der Änderung einer Kantonsstrasse regionale Interessen betrifft. Die <u>Planungsregionen bzw. Regional-</u>konferenzen bestimmen, zu welchen Themen sie selbst und zu welchen Themen die betroffenen Gemeinden Stellung nehmen.</p>
<p>Art. 28</p> <p>¹ Neubau und Änderung einer Strasse werden mit einem Strassenplan bewilligt.</p> <p>² Das Instandhalten, das Instandstellen und die Erneuerung einer Strasse sowie bewegliche Elemente im Zusammenhang mit befristeten Verkehrsversuchen bedürfen keiner Bewilligung.</p>	<p>³ Der Regierungsrat bestimmt die bewilligungsfreien Vorhaben.</p>
<p>4.3 Velorouten</p>	<p>4.3 Velorouten <u>Velowege</u></p>
<p>Art. 45 Kantonaler Sachplan Veloverkehr</p>	<p>Art. 45 Kantonaler Sachplan Veloverkehr <u>Velowegnetz</u></p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
<p>¹ Der Regierungsrat erlässt den kantonalen Sachplan Veloverkehr.</p> <p>² Mit dem kantonalen Sachplan Veloverkehr werden die Velorouten mit kantona- ler Netzfunktion für den Veloalltags- und für den Velofreizeitverkehr festgelegt. Es sind dies</p> <p>a kantonale Velorouten auf und entlang von Kantonsstrassen und von Natio- nalstrassen dritter Klasse,</p> <p>b Velorouten mit kantonalen Radwegen abseits von Kantonsstrassen,</p> <p>c wichtige Velorouten auf Gemeinde- und Privatstrassen.</p>	<p>¹ Der Regierungsrat erlässt den kantonalen Sachplan Veloverkehr<u>des Veloweg-</u> <u>netzes</u>.</p> <p>² Mit dem kantonalen Sachplan Veloverkehr<u>des Velowegnetzes</u> werden die Ve- lorouten<u>Velowege</u> mit kantionaler Netzfunktion für den Veloalltags- und für den Velofreizeitverkehr festgelegt. Es sind dies</p> <p>a kantonale Velorouten<u>Velowege</u> auf und entlang von Kantonsstrassen und von Nationalstrassen dritter Klasse,</p> <p>b Velorouten mit kantonalen Radwegen<u>kantonale Radwege</u> abseits von Kantons- strassen,</p> <p>c wichtige Velorouten<u>Velowege</u> auf Gemeinde- und Privatstrassen.,</p> <p>d wichtige Mountainbike-Routen.</p>
<p>Art. 46 Kantonale Velorouten</p> <p>¹ Der Kanton baut, betreibt und unterhält die für die Velorouten nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstaben a und b nötigen Wegabschnitte.</p> <p>² Für das Bewilligungsverfahren gelten die Bestimmungen über die Bewilligung von Kantonsstrassen.</p>	<p>Art. 46 Kantonale Velorouten<u>Velowege</u></p> <p>¹ Der Kanton baut, betreibt und unterhält die für die Velorouten<u>Velowege</u> nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstaben a und b nötigen Wegabschnitte.</p>
<p>Art. 47 Kommunale Velorouten</p> <p>¹ Die Gemeinden planen, bauen und unterhalten die kommunalen Velorouten.</p>	<p>Art. 47 Kommunale Velorouten<u>Velowege</u></p> <p>¹ Die Gemeinden planen, bauen und unterhalten die kommunalen Velorouten.</p> <p>a Velowege nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe c,</p> <p>b Mountainbike-Routen nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe d und</p> <p>c die übrigen kommunalen Velowege.</p>
<p>Art. 48 Signalisation</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
<p>¹ Der Kanton signalisiert alle Velorouten nach Artikel 45 Absatz 2.</p>	<p>¹ Der Kanton signalisiert alle Velorouten<u>Velowege</u> nach Artikel 45 Absatz 2.</p>
	<p>Art. 48a Ersatz</p> <p>¹ Müssen die in den Plänen festgehaltenen Velowege oder Teile davon aufgehoben werden, so trägt in der Regel die Verursacherin oder der Verursacher die Kosten.</p>
	<p>Art. 49a Kostenverteilung bei Strassenkreuzungen 1. Grundsätze</p> <p>¹ Die Kosten für den Bau neuer Kreuzungen fallen zulasten der neu hinzukommenden Strasse.</p> <p>² An die Kosten der Änderung bestehender Kreuzungen hat jedes Gemeinwesen nach Massgabe seiner Interessen beizutragen.</p> <p>³ Die Kosten für den Unterhalt und den Betrieb von Kreuzungen werden wie folgt verteilt:</p> <p>a bei höhengleichen Kreuzungen trägt jedes Gemeinwesen die Kosten für die Erfüllung seiner Aufgaben,</p> <p>b bei Überführungen und Unterführungen</p> <p>1. geht der Unterhalt des Kreuzungsbauwerks zulasten der höher eingereichten Strasse,</p> <p>2. gehen der Unterhalt und der Betrieb der übrigen Teile der Kreuzung zulasten der Strasse, deren Bestandteile sie sind.</p>
	<p>Art. 49b 2. Kostenverteilung durch Vereinbarung</p> <p>¹ Die Beteiligten können die Kosten durch Vereinbarung anders verteilen.</p>
	<p>Art. 49c 3. Vorgehen bei streitiger Kostenverteilung</p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
	<p>¹ Ist die Kostenverteilung streitig, so erlässt die zuständige Stelle der BVD eine Verfügung.</p>
<p>Art. 52 Investitionen 1. Rahmenkredit und Objektkredite</p> <p>¹ Investitionen werden mit einem Rahmenkredit oder mit einem Objektkredit bewilligt.</p> <p>² Als Investitionen gelten neue Ausgaben für die Kantonsstrassen und für die kantonalen Radwege nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstaben a und b sowie die für diese Vorhaben nötigen Projektierungskosten.</p> <p>³ Der Grosse Rat beschliesst, gestützt auf den Strassennetzplan, in der Regel alle vier Jahre einen Rahmenkredit. Das Finanzreferendum gegen den Rahmenkredit ist ausgeschlossen.</p> <p>⁴ Der Rahmenkredit weist auch auf die für diese Zeitspanne geplanten Objektkredite hin.</p>	<p>² Als Investitionen gelten neue Ausgaben für die Kantonsstrassen und für die kantonalen Radwege<u>Velowege</u> nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstaben a und b sowie die für diese Vorhaben nötigen Projektierungskosten.</p>
<p>Art. 56 Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt 1. Zuständigkeit und Inhalt</p> <p>¹ Der Regierungsrat bewilligt die Ausgaben für den baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen und der kantonalen Radwege nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstaben a und b abschliessend mit einem Rahmenkredit.</p> <p>² Zum baulichen Unterhalt zählen Ausgaben für Reparaturen, Instandsetzung und auch die vollständige Wiederherstellung ganzer Teile einer Strasse wie Brücken, Fahrbahndecken und Leiteinrichtungen.</p>	<p>¹ Der Regierungsrat bewilligt die Ausgaben für den baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen und der kantonalen Radwege<u>Velowege</u> nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstaben a und b abschliessend mit einem Rahmenkredit.</p>
<p>Art. 59 Beiträge an Velorouten auf Gemeinde- und Privatstrassen</p> <p>¹ Der Kanton leistet Beiträge an Investitionen in wichtige Velorouten auf Gemeinde- und Privatstrassen nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe c.</p>	<p>Art. 59 Beiträge an Velorouten auf Gemeinde- und Privatstrassen<u>Velowege</u></p> <p>¹ Der Kanton leistet Beiträge an Investitionen in wichtige Velorouten auf Gemeinde- und Privatstrassen<u>Velowege</u> nach Artikel 45 Absatz 2 Buchstabe<u>Buchstaben c und d.</u></p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
<p>² Der Beitrag beträgt 40 Prozent der Kosten.</p>	
	<p>Art. 60a Beiträge an die Instandsetzung oder Wiederherstellung von Velo- und Wanderwegen</p> <p>¹ Der Kanton kann einen Beitrag leisten an die Instandsetzung oder Wiederherstellung von Velowegen nach Artikel 59 und von kantonalen Hauptwanderrouten nach Artikel 60, wenn</p> <p>a ein Wegabschnitt durch Elementarereignisse erheblich beschädigt oder zerstört worden ist oder</p> <p>b ein besonders aufwendiger Wegabschnitt wie eine Brücke saniert werden muss.</p> <p>² Der Beitrag beträgt höchstens 40 Prozent der Kosten.</p>
	<p>Art. 60b Vermeidung mehrfacher Staatsbeiträge</p> <p>¹ Ausgenommen von den Beiträgen nach Artikel 59 bis 60a sind Vorhaben, die Beiträge gestützt auf Artikel 62 oder nach dem Gesetz vom 6. Juni 1982 über See- und Flusssufer (See- und Flusssufergesetz, SFG) erhalten.</p>
<p>Art. 64 Beiträge an Regionalkonferenzen</p> <p>¹ Der Kanton kann den Regionalkonferenzen für die im Rahmen der regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte erarbeitete regionale Strassenplanung Beiträge ausrichten.</p>	<p>Art. 64 Beiträge an <u>Planungsregionen bzw.</u> Regionalkonferenzen</p> <p>¹ Der Kanton kann den Planungsregionen bzw. Regionalkonferenzen für Beiträge an die im Rahmen der regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte erarbeitete regionale Strassenplanung Beiträge ausrichten.</p> <p>² Der Beitrag beträgt höchstens 75 Prozent der Kosten.</p>
<p>Art. 71 Gebühren</p> <p>¹ Für gesteigerten Gemeingebrauch und Sondernutzung können Gebühren erhoben werden.</p> <p>² Die Trägerschaft des öffentlichen Verkehrs ist von solchen Gebühren befreit.</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
	<p>³ Der Regierungsrat kann weitere Ausnahmen von der Gebührenerhebung vorsehen.</p>
	<p>Art. 71a Bemessung</p> <p>¹ Der Kanton erhebt einmalig oder jährlich Gebühren bis 50'000 Franken und berücksichtigt bei der Bemessung</p> <p>a die mit der Bewilligung oder Konzession verbundenen wirtschaftlichen Vorteile,</p> <p>b das Interesse der Gebührenpflichtigen,</p> <p>c die Nachteile für das öffentliche Eigentum.</p> <p>² Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten und die Tarife für die Benützung der Kantonsstrassen durch Verordnung.</p> <p>³ Die Gemeinden erlassen einen Gebührentarif für die Strassen in ihrem Hoheitsbereich.</p>
<p>Art. 83 Lichtraumprofil</p> <p>¹ Der Raum über der Fahrbahn von öffentlichen Strassen einschliesslich des Raums seitlich zum Fahrbahnrand (lichte Breite) ist bis auf eine Höhe von mindestens 4,50 Metern frei zu halten. Bei Versorgungsrouten kann der Regierungsrat eine Höhe von bis zu 5,50 Metern vorschreiben.</p> <p>² Der Raum über Fuss-, Geh- und Radwegen ist in der Regel bis auf eine Höhe von 2,50 Metern frei zu halten.</p> <p>³ Die lichte Breite ist auf einer Breite von 0,50 Metern freizuhalten.</p>	<p>¹ Der Raum über der Fahrbahn von öffentlichen Strassen einschliesslich des Raums seitlich zum Fahrbahnrand (lichte Breite) ist bis auf eine Höhe von mindestens 4,50 Metern frei zu halten. Bei Versorgungsrouten kann der Regierungsrat eine Höhe von bis zu 5,50 Metern vorschreiben.</p> <p>³ Die lichte Breite <u>Der an die Fahrbahn angrenzende seitliche Raum</u> ist auf einer Breite von 0,50 Metern freizuhalten.</p>
<p>Art. 85 Zugänge und Zufahrten</p>	

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
<p>¹ Zugänge, Zufahrten, Weganschlüsse und Einmündungen aller Art auf öffentliche Strassen, ihre Erweiterung und gesteigerte Benutzung bedürfen der Bewilligung des zuständigen Gemeinwesens.</p> <p>² Pro Grundstück wird in der Regel nur ein Strassenanschluss bewilligt.</p> <p>³ Die Kosten eines neuen oder geänderten Strassenanschlusses und der Anpassung der Strasse trägt die interessierte Grundeigentümerin oder der interessierte Grundeigentümer.</p> <p>⁴ Wird einem Grundstück durch Verbot oder durch Veränderung der öffentlichen Strasse der Zutritt oder die Zufahrt entzogen, so hat das zuständige Gemeinwesen für eine andere Verbindung mit dem öffentlichen Strassennetz zu sorgen oder eine angemessene Entschädigung zu leisten.</p>	<p>¹ Zugänge, Zufahrten, Weganschlüsse und Einmündungen aller Art auf öffentliche Strassen, ihre Erweiterung und gesteigerte Benutzung <u>sowie deren wesentliche Änderung</u> bedürfen der Bewilligung des zuständigen Gemeinwesens.</p>
<p>Art. 86 Ausführungsbestimmungen</p> <p>¹ Der Regierungsrat erlässt durch Verordnung die zum Vollzug notwendigen Vorschriften, insbesondere über</p> <ul style="list-style-type: none">a den Strassenbegriff und die Strassenbestandteile,b die Änderung der Strasseneinreihung und die Aufhebung von Strassen,c die Versorgungsrouten,d den Strassenplan und das Strassenplanverfahren,e den Landerwerb, die Enteignung, die Eigentumsbeschränkungen und die vorzeitige Besitzeinweisung,f die kleinen Strassenvorhaben der Gemeinden,g die Fuss- und Wanderwege,h die Velorouten,	<p>h die Velorouten <u>Velowege</u>,</p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
<p>i die Verteilung des Anteils der Erträge der LSVA und der Motorfahrzeugsteuer auf die Gemeinden,</p> <p>k die Strassenabstände,</p> <p>l die Strassenreklamen,</p> <p>m die Staatsbeiträge,</p> <p>n die Signalisation und die Markierung.</p>	<p>i <i>Aufgehoben.</i></p>
<p>Art. 87 Bau- und Verkehrsdirektion</p> <p>¹ Die zuständige Stelle der BVD vollzieht die Gesetzgebung von Bund und Kanton, soweit die Gesetzgebung nicht andere Organisationseinheiten für zuständig erklärt.</p>	<p>² Sie kann die Gemeinden bei ihren Aufgaben im Bereich Langsamverkehr durch fachliche Beratung und Information unterstützen.</p>
<p>Art. 88 Gemeinden</p> <p>¹ Die Gemeinden vollziehen dieses Gesetz, seine Ausführungsbestimmungen und die darauf gestützt erlassenen Verfügungen bei Gemeindestrassen, Privatstrassen im Gemeingebrauch, Fuss- und Wanderwegen sowie Radwegen, soweit der Vollzug nicht dem Kanton obliegt.</p>	<p>¹ Die Gemeinden vollziehen dieses Gesetz, seine Ausführungsbestimmungen und die darauf gestützt erlassenen Verfügungen bei Gemeindestrassen, Privatstrassen im Gemeingebrauch, Fuss- und Wanderwegen sowie Radwegen <u>Velowegen</u>, soweit der Vollzug nicht dem Kanton obliegt.</p>
	<p>II.</p>
	<p><i>Keine Änderung anderer Erlasse.</i></p>
	<p>III.</p>
	<p><i>Keine Aufhebungen.</i></p>
	<p>IV.</p>

Geltendes Recht	Vernehmlassungsvorlage
	Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.
	Bern, Im Namen des Regierungsrates Die Präsidentin / Der Präsident: Der Staatsschreiber: